

Grüne wollen Wohnbauförderung für Einfamilienhäuser streichen

HEIDI HUBER

SALZBURG. Bodenversiegelung, Flächenfraß, Klimaschutz – mit der Serie an Unwettern samt katastrophalen Hochwasserschäden im Land Salzburg im heurigen Sommer sind diese Themen wieder in aller Munde. Was tun – fragt sich die Landespolitik. Der grüne Landtagsabgeordnete Josef Scheinast regt etwa eine Landesförderung an, mit der Fenster und Türen in roten und gelben Gefahrenzonen hochwassersicher werden sollen. „Im Zuge einer Sanierung wäre das eine gescheite Geschichte. Das ist Selbstschutz. Und hier könnte man eine Landesförderung überlegen, um zum Schutz etwas beizusteuern“, sagt Scheinast. Auch eine Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden, etwa für ganze Bezirke oder besonders gefährdete Gemeinden, bringt der Grüne ins Spiel.

Die Überlegungen gehen aber auch so weit, dass die grüne Landtagspartei die Wohnbauförderung für Einfamilien-

häuser infrage stellt. Die Versiegelung von Grund und Boden sei bei Einfamilienhäusern doppelt so groß im Vergleich zu einem Mehrparteienhaus. „Das ist ein Grund, dass man es zumindest nicht mehr fördert“, meint Scheinast. Vielmehr müsse man überlegen, die Förderung in Richtung energetische und ökologische Sanierungen zu lenken, in Richtung Hochwasserschutz und



BILD: SNSCHENKER

„Bodenverbrauch und Versiegelung sind hier sehr hoch.“

Josef Scheinast, LAbg., Grüne

ökologische Mobilität. „Es gibt so vieles, was man fördern kann“, meint der Abgeordnete. Der Wunsch nach einem Einfamilienhaus sei verständlich, weil es etwas Idyllisches habe, allerdings gebe es auch andere tolle Bauweisen, argumentiert Scheinast.

Bei den Koalitionspartnern stößt er dabei auf wenig Verständnis. Wohnbaulandesrätin Andrea Klambauer (Neos) sagt, sie empfinde es nicht als fair, die

Förderung ganz zu streichen. „Wir haben im Sinne der Nachhaltigkeit alles gemacht. Ich habe meine Aufgaben hier erledigt“, sagt sie. 2016 seien 630 Einfamilienhäuser mit im Schnitt 45.000 Euro, in Summe also 28,4 Millionen Euro, gefördert worden. Das habe Bodenfraß und Zersiedelung stark befeuert. 2019 seien es noch 79 und 2020 nur noch 57 Einfamilienhäuser gewesen, mit im Schnitt 13.800 bzw. 12.600 Euro Fördersumme. Ab 550 Quadratmetern Grundstücksgröße werde die Förderung gekürzt, ab 800 Quadratmetern gebe es kein Geld mehr. Die Wohnbauförderung entspreche daher den Klimazielen. „Geförderte Häuser sind vom Flächenverbrauch vergleichbar mit dem mehrgeschoßigen Wohnbau. Es wird hier keine Änderungen geben. Leistbarer Wohnraum ist gerade in Ballungsgebieten das zentrale Thema. Umso wichtiger ist, das Thema nicht zu ideologisieren.“

Raumordnungslandesrat Josef Schwaiger (ÖVP) hält auch nichts von einer „Verbotsmasche“, wie er sagt. „Man kann gewisse Lebenswelten im Lungau nicht mit dem Zentralraum vergleichen.“